

Offener Brief

Genf. Schweiz 11. September 2018

## An Frau Annegret Kramp-Karrenbauer

Sehr geehrte Frau Kramp-Karrenbauer,

CDU-Generalsekretärin

OMCT Secretary General Secrétaire Général de l'OMCT Secretario General de la OMCT Gerald Staberock

Betreff: Abstimmung im Europäischen Parlament über die Lage in Ungarn

Executive Council

Conseil Exécutif Consejo Ejecutivo

> President Présidente Presidenta

> Hina Jilani

Vice Presidents Vice-Présidents Vicepresidentes

> Dick Marty Mokhtar Trifi

> > Treasurer Trésorier Tesorero

**Anthony Travis** 

Members Miembros

Yves Berthelot Samwel Mohochi Aminata Dieye Olga Sadovskaya Claudia Samavoa Jahel Quiroga Carrillo Henri Tiphagne Peter Zangl

Special Advisers Conseillères Spéciales Consejeras Especiales

Chrisitine Sayegh Dominique Brustlein-Bobst Eliane Babel-Guérin

wir schreiben Ihnen anlässlich der Abstimmung des Europäischen Parlaments am 12. September über einen Vorschlag, mit dem der Rat aufgefordert wird, in Einklang mit Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union festzustellen, dass die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Grundwerte der Europäischen Union durch Ungarn besteht.

Durch die von der ungarischen Regierung in den letzten durchgeführten Gesetzesreformen wurden die Rechtsstaatlichkeit sowie die Unabhängigkeit der Justiz, der Medien und der Hochschulen dezidiert untergraben. lm Zuge der Reformen wurden zivilgesellschaftliche Organisationen und insbesondere Menschenrechtsorganisationen Angriffen ausgesetzt.

Allein in den vergangenen fünf Monaten hat Ungarn wiederholt gegen die Grundsätze der Menschenrechte verstoßen: Diskreditierungs-Einschüchterungskampagnen gegen die unabhängige Zivilgesellschaft, die Schaffung einer "Meinungsfreiheitssteuer" in Höhe von 25 % der Einnahmen jeder Organisation, die "die Einwanderung unterstützt", neue Gesetze, die der Unabhängigkeit der Justiz zutiefst schaden, das Verhängen von Haftstrafen mit einer Dauer von bis zu einem Jahr bei Hilfeleistungen für Migrant innen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis bis hin zu der Weigerung, Asylsuchenden auszuhändigen — mit dem Ziel, sie zu Transitbereiche zu verlassen und daraufhin ihre Asylanträge zurückzuziehen –, bis der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Behörden zur Umkehr zwang.

Zahlreiche gesellschaftliche und internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, der Europarat oder die Europäische Union selbst haben wiederholt ihre Stimme erhoben. Nachdem Ungarn bereits monatelang ermahnt wurde, ist die Zeit für ein entschiedenes Handeln nun endgültig gekommen. Am 12. September stehen die Mitglieder des Europäischen Parlaments vor einer historischen Entscheidung: Das Parlament legt fest, ob es entweder laut, deutlich und unmissverständlich zu verstehen gibt, dass die EU es ihren Mitgliedstaaten nicht gestattet, der Achtung der Menschenrechte als gemeinsame Werte des europäischen Projekts zu entsagen, oder ob es ein weiteres Mal den Blick abwendet und zulässt, dass die ungarische





Regierung weiterhin offen und ungestraft gegen die Grundrechte ihrer Bürger verstößt.

Da die ungarische Regierungspartei, Fidesz, zur Europäischen Volkspartei gehört, ist es besonders wichtig, dass die weiteren Mitglieder der EVP die klare Botschaft senden, dass – unabhängig von ideologischen Zugehörigkeiten – die Achtung und Verteidigung der Menschenrechte zu den Grundwerten der EU gehören und daher nicht verhandelbar sind. Aus all diesen Gründen fordern wir Sie als Generalsekretärin Ihrer Partei auf, die Vertreter der CDU im Europäischen Parlament öffentlich dazu aufzurufen, am 12. September mit einem Ja abzustimmen.

Wir bedanken uns bereits im Voraus für Ihre Aufmerksamkeit. Mit freundlichen Grüßen

Gerald Staberock
Generalsekretär der Weltorganisation gegen Folter (OMCT)